



Leuphana Universität Lüneburg · Fakultät Kulturwissenschaften ·
Scharnhorststr. 1 · 21335 Lüneburg

Hans-Herbert Jenckel
Landeszeitung
Am Sande

21335 Lüneburg

Prof. (apl.) Dr. habil. Ulf Wuggenig

Dekan

Leuphana Universität Lüneburg
Fakultät Kulturwissenschaften
Universitätsallee 1
21335 Lüneburg

Fon 04131.677-2601

ulf.wuggenig@leuphana.de

www.leuphana.de

10. Januar 2018

**Stellungnahme zum Video-Interview mit Stv. Bürgermeister Dr. Gerhard Scharf
durch Nicolai Nerling (2.1.2018)**

Sehr geehrter Herr Jenckel,

nach Lektüre Ihres heutigen LZ Beitrages „Da hilft kein Lavieren“, nach Kenntnisnahme einiger anderer Beiträge zum Thema und einer bei der Staatsanwaltschaft Lüneburg in der causa Dr. Scharf mittlerweile eingereichten Klage sowie einem Gespräch mit Colleague-Leiterin der Leuphana, Dr. Steffi Hobuß in der Angelegenheit, übermittle ich Ihnen eine Stellungnahme zu den Interview-Aussagen des Stv. Bürgermeisters der Hansestadt Lüneburg, Dr. Gerhard Scharf. Frau Dr. Hobuß nahm als Vertreterin des Dekanats der Fakultät Kulturwissenschaften der Leuphana an dem im Interview vielfach angesprochenen Austausch mit den Überlebenden von Ozarichi im Rathaus (8.8.) teil. Meine Teilnahme war durch den kurzfristigen Ausfall des Zuges, der mich von Hannover zu dem Treffen im Rathaus bringen sollte, verunmöglicht. Ich habe die Gäste aus Ozarichi etwas später dann gemeinsam mit Leuphana Vizepräsidentin Prof. Dr. Söntgen, Asta Sprecherin Lea Oltmans und Gleichstellungsbeauftragter Dr. Kathrin van Riesen begrüßt.

Man mag über Absichten und Motive von Dr. Scharf spekulieren und auch über die Glaubhaftigkeit der von Nicolai Nerling behaupteten angeblichen Zufälligkeit des Treffens. Darauf möchte ich nicht eingehen. Was dieses Interview abgesehen von seinen Inhalten und seiner ausdrücklichen Autorisierung (Min. 12.30ff. des Videos: Dr. Scharf: „Was ich gesagt habe, können sie bewerten.“ Nerling: „Dankeschön. Gefilmt sind Sie nicht, aber ...“ Dr. Scharf: „Dazu stehe ich. Also, alles Gute.“) jedoch nicht zuletzt so brisant macht, ist seine virale Verbreitung. Bereits am heutigen 10.1.17 lassen sich nicht weniger als rd. 17.000 Aufrufe ablesen, vor zwei Tagen waren es noch rd. 12.000. An der Universität etwa hat der Prozess der Kenntnisnahme und auch Diskussion des Video-Interviews u.a. in Seminaren gerade erst eingesetzt. Morgen etwa wird es im



Rahmen einer internationalen Konferenz thematisiert. Angesichts des aktuellen und noch zu erwartenden Verbreitungsgrades des Interviews sind klassifizierende Äußerungen stigmatisierenden Typs über „Begleiter“ am Empfang der Ozarichi Überlebende als gravierende Verunglimpfungen bzw. sogar Beleidigungen in einer breiteren Öffentlichkeit anzusehen. Was Kollegleiterin Frau Dr. Hobuß betrifft, deren Dienstvorgesetzter ich zur Zeit des im Interview thematisierten Treffens mit den Überlebenden war, äußere ich mich mit ihrem ausdrücklichen Einverständnis somit im Rahmen meiner Fürsorgepflicht als ihr Dienstvorgesetzter zur fraglichen Zeit, was die übrigen angesprochenen „Beteiligten“ betrifft, als Mitglied der Zivilgesellschaft.

Noch eine Vorbemerkung. Herr Dr. Gerhard Scharf ist mir sowohl als ehemaliger Direktor eines Lüneburger Gymnasiums und Geschichtslehrer sowie als Akteur im lokalen politischen Feld bekannt. Auch über persönliche Begegnung. In diesen Eigenschaften hatte ich ihn, wie viele andere auch, als „honorigen“ Konservativen eingeschätzt. Die Begrüßungsrede der Ozarichi Gäste im Rathaus, die mir auch in schriftlicher Form vorliegt, fand ich, wie so vieles an erlebter Erinnerungskultur in der Stadt Lüneburg, problematisch, u.a. da mit wechselseitigen Schuldaufrechnungen verbunden und im Geiste der Erinnerungspolitik der 1950er und 1960er bzw. des Kalten Krieges gehalten. Wenn die Stadt Lüneburg meint, ihre Erinnerungspolitik in dieser Tradition gestalten zu müssen, ist das natürlich ihr gutes Recht. Über Kritik aus der Universität wird sie allerdings nicht verwundert sein müssen. Mit dem Interview wurde jedoch eine neue Stufe obsoletter Erinnerungspolitik erreicht, von der auch fraglich ist, ob sie durch das Prinzip der „Meinungsfreiheit“ noch gedeckt ist. Dies werden Juristen zu prüfen haben. In jedem Fall ist angesichts der Autorisierung des Interviews durch den Bürgermeister auch die politische Verantwortung durch ihn bzw. die Führung der Stadt Lüneburg dafür zu tragen. Dabei wäre auch dem Gesichtspunkt des „audiatur et altera pars“ Rechnung zu tragen, den ich hier in Bezug auf die sog. „Begleitpersonen“ des Treffens am 8.8.2017 partiell vertrete.

Für eine Stellungnahme zu dem aufgezeichneten Gespräch zwischen einem pensionierten und einem suspendierten Vertreter des Lehrerberufs bietet sich die Anknüpfung an den Bezugsrahmen der Ausstellungsserie „Hinterbühne“ an der Leuphana (2017) an. In dieser auf verborgene und verborgen gehaltene Aspekte der jüngeren Geschichte Lüneburgs bezogenen Ausstellung wurde nicht zuletzt auf den Begriff des „Fauxpas“ (wiederum im sozialwissenschaftlichen Sinn von Erving Goffman) zurückgegriffen, um auf problematische Aspekte der Lüneburger Erinnerungskultur bzw. –politik aufmerksam zu machen.

Im Zuge der historischen Analysen fiel zunächst die Fauxpas-Serie der 1950er und frühen 1960er Jahre im Zuge der unter OB Gravenhorst, ex- Wehrmachtsoffizier und lokaler Vorsitzender der später tw. in der NPD aufgegangenen Deutschen Partei, entfalteten Will-



kommenskultur gegenüber den Veteranen der 110. ID. ins Auge. Mit Hilfe einer wirksamen Strategie der Verschleierung der Beteiligung an höchst widerwärtigen Kriegsverbrechen an Zivilist_innen – überwiegend Frauen, Kinder, Greise und Kranke – in Weißrußland durch Mitglieder des Veteranenverbandes der 110. I.D., gelang es ex-Offizieren der Einheit, eine Reihe von im eigenen Interesse gelegenen Entscheidungen der städtischen Führung herbeizuführen. Diese Initiativen mündeten im Jahre 1960 in die Unterstützung der Aufstellung, Platzierung und Übernahme eines „Ehrenmals“ der ehemaligen 110. I.D. in die „Obhut“ der Stadt Lüneburg, ungeachtet der Beteiligung der Einheit an einem der „schwersten Verbrechen der Deutschen Wehrmacht gegen Zivilisten überhaupt“ (Pohl 2008: 328) – der Ermordung von rd. 9000 „unnützen Essern“ im Raum Ozarichi (Belarus) im März 1944. Ein symbolpolitischer Fauxpas ersten Ranges der Stadt, nicht zuletzt ermöglicht durch die lokale Spielart des Glauben an den Mythos von der sauberen Wehrmacht. Ex-Kommandant der 110. ID, Generalleutnant Martin Gilbert, versicherte am 7.6. 1958 in einem Vortrag im Fürstensaal des Rathauses der Stadt Lüneburg u.a. vor OB, OStD und Rat: „Der Kern der Einheit, deren Schicksal uns verbindet, war sauber, klar und echt wie Gold. Ich darf es aus eigenem Erleben und eigener Vergleichsmöglichkeit bekunden, dass die 110. Infanterie-Division die Verkörperung besten deutschen Soldatentums leistungs- wie gesinnungsmäßig von erster bis zur letzten Stunde gewesen ist.“ Wehrmachtsfake der 1950er Jahre.

Einer der späteren erinnerungskulturellen Fauxpas einer Lüneburger Institution wurde sogar auf internationaler Ebene wahrgenommen. Es handelt sich dabei um den „Platzierungsfauxpas“ der Schaltung einer E.O.N. Gaswerbung auf der Seite eines Beitrags über die Deportation von Lüneburger Sinti nach Auschwitz in der Landeszeitung vom Januar 2006. Wie bei „Fauxpas“ nicht unüblich folgte eine Entschuldigung durch die Chefredaktion der LZ.

Beispiele für Fauxpas jüngeren Datums geben wiederum die in der Tradition der Erinnerungskultur der 1950er und 1960er Jahre formulierten täterzentrierten Tafeltexte zum Denkmal der 110. I.D. Sie wurden erstmals bei der Eröffnung des sog. „Friedenspfades“ im August 2014 vorgestellt und stießen unmittelbar auf kritische Reaktionen. In den Tafeltexten wurde die eigene Opferperspektive hervorgehoben – das „Trauma“ der 110. I.D. im Juli 1944 vor Minsk, die Reflexion von Schuld und Verantwortung blieben hingegen ausgeklammert. Trotz gewisser Veränderungen an der Tafel wird bis zum heutigen Tage mit einer genannten Zahl von 300 Überlebenden der 110. I.D. eine irreführend hohe Zahl an Opfern dieser Einheit suggeriert. So ergibt sich aus einem Aktenvermerk der Stadt Lüneburg aus dem Jahre 1958, der im Stadtarchiv einzusehen ist, eine vom Traditionsverband der 110. I.D. selbst genannte Zahl von nicht weniger als 2700 ehemals soldatischen Mitgliedern des Traditionsverbandes. Was Minsk neben dem „Trauma“ für deutsche Soldaten u. a. auch bedeutet, nämlich gnadenlose Bombardierung und massenhafte Depor-



tation und Ermordung von Juden auch aus Deutschland, bleibt in den Tafeltexten gänzlich ausgeklammert.

Welches sind die Gründe, die es gerechtfertigt erscheinen lassen, Aussagen von Dr. Scharf als einen weiteren gravierenden Fauxpas der lokalen Erinnerungskultur und –politik einzustufen? Ich beschränke mich auf drei Arten von problematischen Aussagen bzw. Positionen:

I. Nicht haltbare Verallgemeinerungen: Die Kollektivsubjekte „Begleitpersonen“ bzw. „Begleiter“ der Gäste aus Ozarichi

Dr. Scharf bezieht sich mehrfach auf den Empfang von sechs weiblichen Überlebenden der Lager von Ozarichi, die am 8.8.2017 als Gäste sowohl in der Leuphana Universität als auch im Rathaus der Hansestadt begrüßt wurden. Die Frauen, welche die Lager von Ozarichi überlebten, seien, so Dr. Scharf im Rathaus mit „Begleitpersonen“ bzw. mit „Begleitern“ angekommen. Neben den Frauen, die als Waisen überlebten, gehörten zu den Anwesenden u.a.: eine Übersetzerin und eine Betreuerin der Maximilian Kolbe Stiftung, als Vertreterinnen der Leuphana Universität die Asta Sprecherin Lea Oltmans sowie die Vizedekanin der Fakultät Kulturwissenschaften, Dr. Steffi Hobuß, in Vertretung des Dekans. Außerdem anwesend waren Vertreter_innen von VVN Lüneburg, Herr Rakowski hielt eine Rede zur Begrüßung. Außerdem die Hannoveraner Gäste Joachim und Bernadette Gottschalk, die über ihre Kontakte zur katholischen Maximilian Kolbe Stiftung ebenso maßgeblich zum Zustandekommen des Besuchs aus Ozarichi beigetragen haben wie Vertreter des VVN, im Gegensatz etwa zur Stadt Lüneburg, von der eine eigene Initiative an sich längst zu erwarten gewesen wäre. Bei einem Teil dieser von Dr. Scharf als „Begleiter“ titulierten Personen handelt es sich zugleich um Mitglied des „Arbeitskreises Erinnerungskultur“ an der Leuphana.

De facto waren im Rathaus im Einzelnen unter den „Begleitern“ durchaus sehr unterschiedliche erinnerungskulturelle bzw. –politische Positionen vertreten. Bei allgemeinpoltischer Betrachtung decken sie sowohl konservative, als auch grüne, sozialdemokratische und linke Positionen ab. Dennoch kennt Dr. Scharf lediglich „Begleitpersonen“ bzw. „Begleiter“ mit gemeinsamen Eigenschaften. Dem fiktiven Kollektivsubjekt, weist er unter anderem folgende Attribute zu: Sie machten ein „Riesentheater“ und einen „Skandal“ um die Kriegsverbrechen der 110. ID, nach neuerer militärhistorischer Forschung nicht weniger als eines der schwerwiegendsten Kriegsverbrechen der Wehrmacht überhaupt (Vgl. die Forschung von Christian Gerlach 2000, Christoph Rass 2003, Dietmar Pohl 2008). Außerdem würden sie das „Denkmal wegnehmen wollen“. In direkter Anknüpfung an die Redeweise des aus Lüneburg stammenden, überregional einschlägig bekannten Rechtsextremisten und Verschwörungstheoretikers Nerling werden sie von Dr. Scharf zudem in pauschaler und pejorativer Weise als „Linke“ bezeichnet. Von dem konstruierten ho-



mogenen Kollektivsubjekt behauptet er zudem, dass aus ihrer Sicht alle „deutschen Soldaten Faschisten und Verbrecher seien“. Die „Begleitpersonen“ hätten zudem im Gegensatz zu den Überlebenden seine Rede „nicht toll“ gefunden, und zwar aus dem Grund, weil diese an „Versöhnung“ orientiert gewesen sei.

Aus persönlicher Kenntnis der meisten der „Begleiter“ erlaube ich mir die Feststellung, dass keine einzige der von Dr. Scharf attribuierten Merkmale auch nur auf eine Mehrheit, geschweige denn auf alle Personen zutrifft. Manche der zugeschriebenen Attribute kennzeichnen keine einzige Person. Es lässt sich hier kaum etwas anderes erkennen, als eine in diskreditierender Absicht unternommene Stigmatisierung von Bürger_innen durch einen Bürgermeister.

Es ist zutreffend, dass die überlebenden Frauen, wie Dr. Scharf berichtet, gerührt waren, im Rathaus empfangen zu werden. Jedenfalls wurde mir dies auch von mehreren Teilnehmer_innen berichtet. Der Rede von Dr. Scharf mit ihrem Lob einzelner Lagerbewacher, die gewisse empathische Züge zeigten, wurde jedoch teilweise explizit widersprochen. Und das teilweise gleichfalls offen gegenüber Dr. Scharf noch im Rathaus ausgesprochene Unbehagen in Kreisen der „Begleitung“ bezog sich keineswegs auf die Idee der Versöhnung, wie von ihm behauptet, sondern vielmehr auf seine Logik der Aufrechnung von russischen gegen deutsche Verbrechen in der Tradition der an anderen Orten längst überwundenen Erinnerungskultur der 1950er und 1960er Jahre.

2. Kollektivsubjekt „Wir“ und die „Linie“ der Stadt Lüneburg:

Als ein zweites maßgebliches Kollektivsubjekt lässt sich über wiederholten Gebrauch in den Aussagen von Dr. Scharf ein „Wir“ ausmachen, dem die „Begleiter“ als Andere gegenübergestellt werden. Als Bürgermeister ist Dr. Scharf zumindest teilweise autorisiert, auch im Namen der Institution, der Hansestadt Lüneburg, zu sprechen. Dieses zweite Kollektivsubjekt kennt, zumindest wenn man der Argumentation von Dr. Scharf folgt, gleichfalls keine interne Diversität. „Wir“ – ist damit tatsächlich die Führung der Stadt gemeint? – so Dr. Scharf, verfolgen in Lüneburg eine „klare Linie“. Diese zeichne sich aus durch folgende Überzeugungen und Haltungen: „Abbau der Denkmäler, Abbau der Straßenschilder, Umbenennung“ sei „keine Geschichtsbewältigung, das ist Dummheit“. Darüber hinaus „haben wir die Linie hier, wo wir neue Erfahrungen haben, wie hier (das Denkmal der 110. I.D, Anm. U. W.), stellen wir ein Zusatzschild aus, auch mit den Zusatzinformationen.“ (Min.: 9.05ff.)

Soweit ich an den Diskussionen von Personen beteiligt war, die der „Begleitung“ im Sinne von Dr. Scharf zuzurechnen sind, verfolgte unter den „Begleitpersonen“ niemand die Idee der Besei-



tigung des Denkmals der 110. ID. Nichts anderes als eine Projektion, um erneut auf billige Weise zu stigmatisieren. Gefordert wurde und wird vielmehr eine angemessene Rahmung, nicht bloß Anhäufung von „Information“, sondern auch Interpretation in zeitgemäßer Weise. Dies vermochte etwa die Stadt Karlsruhe am Denkmal der gleichfalls in die Kriegsverbrechen von Ozarichi verstrickten 35. I.D. in beispielhafter Weise zu realisieren.

3. Rehabilitierungsversuche der Wehrmachtssoldaten

Herrn Dr. Scharf sollte das von mir als Dekan der an Fragen von sozialer und kultureller Erinnerung naturgemäß in besonderem Maße interessierten Fakultät Kulturwissenschaften am 9.3. 2017 angeforderte Gutachten von Prof. Dr. Rass (Universität Osnabrück), führender Forscher auf dem Gebiet des Kriegsverbrechens von Ozarichi im März 1944 und Mitglied der Historischen Kommission Niedersachsen und Bremen, die Beteiligung der 110 I.D. am Kriegsverbrechen von Ozarichi betreffend, bekannt sein. Jedenfalls wurde ihm die Stellungnahme vor Besuch der Gäste aus Ozarichi übermittelt. Von einem ehemals an einem namhaften Gymnasium tätigen Geschichtslehrer würde man auch erwarten, dass er den Text der Expertise nachvollziehen kann. Zur Erhellung der Verstrickung der 110. I.D. zitiere ich zwei Passagen aus der Stellungnahme von Prof. Dr. Christoph Rass:

„1. Hat die 110. Infanteriedivision, wie alle anderen Divisionen der Armee auch, bei dem fraglichen Kriegsverbrechen Zivilisten, die in den zugrunde liegenden Befehlen als „unnütze Esser“ bezeichnet wurden, aus ihrem Divisionsgebiet in die Lager bei Ozarichi deportiert. Die Division hat die Deportation von 1.500 Personen angemeldet, da sich generell die Zahl der Opfer in der Ausführung mehr als verdoppelt hat, ist von ca. 3.000 unmittelbaren Opfern der Division auszugehen. Dieser Vorgang ist im Kriegstagebuch der Quartiermeisterabteilung des LVI. Panzerkorps belegt.

(...)

Es bleibt zu bemerken, dass in der Kriegführung der Kampfverbände der Wehrmacht im Verlauf des deutschen Vernichtungskrieges an der Ostfront sukzessive entgrenzte und völkerrechtswidrige Kriegspraktiken zu alltäglichen und systematisch praktizierten Handlungsmustern wurden. Jenseits der Rolle der 110. Infanteriedivision bei den hier angesprochenen Deportationen verbietet sich jedes heroisierende und unkritische Gedenken an Verbände der Wehrmacht bzw. an Kriegstote in deren Namen, das deutlich vom individuellen oder kollektiven Betrauern von



Kriegstoten zu unterscheiden wäre.“ (Stellungnahme Christoph Rass, 10.3.2017, S. 1f.)

Statt der historischen Forschung zu folgen konstruierte Dr. Scharf im Rahmen einer neuerlichen generalisierten Zuschreibung an die „Begleiter“ eine Kommandothese, eine Projektion, die er im Anschluss auch gleich zu widerlegen trachtet. („Dr. Scharf: Quatsch ist das. Es gab solche Sonderkommandos. Das waren Freiwillige, die da hingingen. Die wurden niemals abkommandiert“. Nerling: „Ja, ja.“ Dr. Scharf: „Freiwillige, die hat's gegeben, das wollen wir nicht beschönigen. Der Rest und das waren so ca. 11.000 Soldaten, die hatten alle Hände voll zu tun, sich die Russen vom Leibe zu halten.“ Min. 11.30ff.).

Diese Formulierungen laufen auf nichts anderes hinaus als auf eine Unterscheidung zwischen sauberen Wehrmachtssoldaten, die sich der Abwehr der russischen Soldaten zu widmen hatten, und Freiwilligen in „Sonderkommandos“, die an der „Vernichtung der russischen Bevölkerung“ arbeiteten. Unter den von Dr. Scharf perhorreszierten „Begleitern“ ist allerdings in Wirklichkeit nicht eine Kommandothese verbreitet, sondern vielmehr die zitierte anders geartete These von Rass. In ihr lässt sich eine Spielart der These von der „Banalität des Bösen“ erkennen. Sie fand über Autor_innen wie Hannah Arendt („Eichmann in Jerusalem. Bericht über die Banalität des Bösen“ 1964), Stanley Milgram (psychologische Experimente über Gehorsam in den 1960er Jahren) und Christoph Browning („Ordinary Men“ 1993), der sich einem im zweiten Weltkrieg Polen eingesetzten Hamburger Polizeibataillon widmete, Verbreitung in verschiedenen wissenschaftlichen Disziplinen.

Wenn Dr. Scharf hervorhebt, es gäbe kein Land der Erde, das seine Soldaten nicht ehren würde, dann übergeht er, dass in Deutschland aus gutem Grund ein Traditionserlasse eingeführt wurde (und gegenwärtig erneuert wird), der zumindest der Bundeswehr explizit eine institutionelle Ehrung von Wehrmachtssoldaten untersagt. Positionen wie die von Dr. Scharf lassen es als angebracht erscheinen, auch die Einführung von Traditionserlassen für Städte zu fordern.

Eine Reihe weiterer Anmerkungen wären möglich. Ich möchte an dieser Stelle jedoch mit der Frage schließen, ob es des Bürgermeisters einer Hansestadt würdig ist, sich in der erkennbaren Weise auf das Niveau von „Hatespeak“ zu begeben. Wie lässt es sich rechtfertigen, gegenüber den „Begleitern“ Formulierungen zu gebrauchen wie diese?:



„Da geht einem das ‚Messer in der Tasche‘ auf.“ (Min.: 9.44f.)

Ein Bürgermeister, der sich als ehemaliger Direktor eines angesehenen Gymnasiums hingibt, derart unqualifizierte Interviewaussagen zu formulieren und diese auch noch für öffentlich vertretbar hält, ist meines Erachtens für sein Amt nicht (mehr) geeignet. Die implizite Diskreditierung speziell auch eines Mitglieds des Dekanats der Fakultät Kulturwissenschaften in Form generalisierender Attributionen und Bewertungen weise ich als Dekan dieser Fakultät ausdrücklich zurück. Eine Entschuldigung des Bürgermeisters erscheint angebracht, auch gegenüber anderen Teilnehmer_innen, wie dem Ehepaar Gottschalk oder Vertreter_innen des VVN, von denen ich aus eigener Zeugenschaft sagen kann, dass sie Dr. Scharf nicht selten ausdrücklich verteidigt bzw. psychologisches Verständnis für seine vertriebenpolitischen Positionen geäußert haben. Für sein Amt nicht geeignet halte ich zudem einen Bürgermeister, der sich über die vorgenommenen Stigmatisierungen hinaus auch nicht in der Lage erweist, zu erkennen, dass er es bei jemandem, der seinen medialen Kanal während des Interviews ausdrücklich unter einem Label wie „Volkslehrer“ vorstellt, mit einem Vertreter „völkischer Politik“ zu tun hat und zudem noch mit einem medial versierten Zeitgenossen, der die Logik der Aufmerksamkeitsökonomie der neuen Medien zu nutzen weiß.

Mit besten Grüßen

Prof. (apl.) Dr. Ulf Wuggenig